

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

## **Beschlussprotokoll**

Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

57. Sitzung  
2. Oktober 2025

Beginn: 09.03 Uhr  
Schluss: 12.05 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Lars Düsterhöft (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) und Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA).

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende gestattet den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen nach Artikel 44 Absatz 1, Satz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und Abs. 2, Satz 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023.

Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 25. September 2025 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 30. September 2025 vor.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den Punkt 3 d)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Ergebnisse der ISG-Studie zur verdeckten Armut  
und zu Nichtinanspruchnahmen von  
Sozialleistungen in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0213](#)  
ArbSoz

von der Tagesordnung abzusetzen.

Des Weiteren beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Tagesordnung um den neuen Punkt 5

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	<a href="#">0273</a>
Drucksache 19/2551	ArbSoz
<b>Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes</b>	Haupt

zu ergänzen.

Somit wird der bisherige Punkt 5 zu dem neuen Punkt 6 der Tagesordnung.

### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurde eine Frage schriftlich eingereicht:

- „Im Prozess der Umstellung auf einen öffentlich-rechtlichen Vertrag im Bereich der Eingliederungshilfe zum 01.01.2026 drohen die Liquiditätsvorauszahlungen nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 BRV (alt) auszufallen (mit weitreichenden Konsequenzen für die Träger, bis hin zur Zahlungsunfähigkeit). Wie ist der Stand der Umstellung und was unternimmt der Senat um die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Nach Beantwortung der Frage und Nachfrage durch Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA) und Frau Dr. Rehse (SenASGIVA) wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) berichtet zunächst zum Stand der Haushaltsberatungen. Anschließend berichtet sie über den Start der Kältehilfe am 1. Oktober 2025 und den aktuellen Stand der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GStU).

Sodann beantworten Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA), Herr Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA) und Frau Dr. Rehse (SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0278](#)  
**Bedarfe und Entwicklung der allgemeinen**  
**unabhängigen Sozialberatung** ArbSoz  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0279](#)  
**Bezirkliche Sozialämter: Aktuelle Situation und**  
**Ausblick** ArbSoz  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0173](#)  
**Aktuelle Lage und Herausforderungen in den**  
**Berliner Sozialämtern** ArbSoz  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

#### Hierzu: Anhörung

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr Abg. Wohler (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu den Tagesordnungspunkten 3 a) und 3 b) für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Kurt (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 3 c).

Es werden angehört und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt, Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Soziales und Gesundheit des Bezirksamtes Neukölln von Berlin und
- Herr Nils Wohltmann, Sprecher der Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine (Unabhängige) Sozialberatung.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) Stellung und beantwortet gemeinsam mit Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA) und Frau Dr. Rehse (SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu Punkt 3 a) bis c) der Tagesordnung zu vertagen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- |    |                                                                                                                                                                              |                                                        |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 19/1395<br><b>Ausstellung des Berechtigungsnachweises (zuvor berlinpass) vereinfachen</b> | <a href="#">0142</a><br>ArbSoz(f)<br>Mobil*            |
| b) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD<br>Drucksache 19/1803<br><b>Funktionierendes System für das Berlin-Ticket S entwickeln</b>                              | <a href="#">0195</a><br>ArbSoz(f)<br>WiEnBe*<br>Mobil* |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 19/1895<br><b>9-Euro-Sozialticket dauerhaft erhalten</b>                                                                         | <a href="#">0200</a><br>ArbSoz<br>Haupt                |
| d) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/1864<br><b>Teilhabe statt Armut: App für den Berechtigungsnachweis (alt „Berlin-Pass“) einführen</b>              | <a href="#">0209</a><br>ArbSoz<br>Haupt                |

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 4 a) bis d) der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

- |                                                                                                                                                |                                         |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|
| Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD<br>Drucksache 19/2551<br><b>Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes</b> | <a href="#">0273</a><br>ArbSoz<br>Haupt |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag (Anlage) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Antrag – Drucksache 19/2551 – eingereicht wurde und als Tischvorlage vorliegt.

Herr Abg. Dr. Pätzold (CDU) begründet den Antrag – Drucksache 19/2551 – für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Wapler (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag zum Antrag – Drucksache 19/2551 – für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, im Rahmen derer Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) auch Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

- Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2551 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Die nächste (58.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 16. Oktober 2025, 9.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Lars Düsterhöft

Lisa Knack

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke**

**zum Antrag der Fraktion der CDU und SPD: „drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes“ (19/2551)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Im Artikel 1 Änderung des Landesmindestlohngesetzes § 9 (1) wird „Der Mindestlohn beträgt 13,69 Euro (brutto) je Zeitsunde“ durch „Der Mindestlohn beträgt 15,00 Euro (brutto) je Zeitsunde“ ersetzt.

Im Artikel 1 Änderung des Landesmindestlohngesetzes § 9 (2) wird der zweite, dritte und vierte Satz gestrichen.

Berlin, der 01.10.2025

Jarasch            Graf            Wapler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Valgolio                    Schubert  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke